

# Bayern und die eG - gemeinsam in die Zukunft

Durch den demografischen Wandel steht der ländliche Raum vor den größten Umwälzungen seit der industriellen Revolution: Die Genossenschaft gibt Sicherheit



Der ländliche Raum stirbt: Im brandenburgischen Wüstemark leben nur 15 Einwohner. Der Ort wurde nach der Wende fast völlig entvölkert. Foto: dpa

Glaut man der Wissenschaft, sehen die Aussichten des ländlichen Raums nicht gerade rosig aus: Seitdem der demografische Wandel ins Bewusstsein der Menschen gerückt ist, prognostizieren Volkswirte und Sozialwissenschaftler den Niedergang der Fläche und ein relatives Aufblühen der Städte. Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat in einer breit angelegten Studie die Zukunft des Landes Brandenburg untersucht. Das Ergebnis: Einer trostlosen Gegenwart folgt eine noch trostlosere Zukunft.

Während das Berliner Umland zu einer der wenigen deutschen Wachstumsregionen gehört, droht vielen anderen Kommunen die Entsiedlung. Kinder- und Betreuungsmangel führt zur Schließung von Schulen und Betreuungsangeboten. Bereits heute haben einige Brandenburger Kinder Schulwege von mehr als zweieinhalb Stunden, einfache Strecke wohl gemerkt. Eltern und junge Menschen ziehen weg – dorthin, wo es Jobs oder kindgerechte Infrastruktur gibt. Dadurch beschleunigen sie den Abwärtstrend. Zurück bleiben die Alten und von Arbeitslosigkeit bedrohte Geringqualifizierte. Immer weniger Steuerzahler müssen für die Finanzierung der Infrastruktur aufkommen. Um die Haushalte zu sanieren, wird zuerst an Freizeit und Kultur gespart, später folgen Straßen und Versorgungs-

netze. Die Lebensqualität in der Fläche nimmt ab.

Am Ende der Studie präsentieren die Forscher Vorschläge, um aus dem Teufelskreis auszubrechen: Die Menschen zur Abwanderung motivieren und wo das nicht möglich ist, den Bürgern einen Versorgungsanteil pro Kopf auszahlen und dann so gut wie alle staatlichen Versorgungsleistungen einstellen.

So schlimm wie in Brandenburg wird die Situation in Bayern nicht werden. Das prognostizieren sowohl die Forscher vom Berlin Institut wie auch Volkswirt Peter Welzel im Profil-Interview (Seite 16). Viele ländliche Regionen profitieren vom Boom im Freistaat. Dazu gehören zum einen die Speckgürtel um die Metropolen München, Nürnberg oder Augsburg. Zum anderen haben sich eine Reihe vormals ländlich geprägter Regionen wirtschaftlich erfolgreich entwickelt. Doch andere Regionen, vor allem in Oberfranken, in der Oberpfalz und in Niederbayern, gelten als gefährdet. Ihnen drohen ähnliche Entsiedlungsprozesse wie in Ostdeutschland.

Im 19. Jahrhundert war die Situation umgekehrt und doch ähnlich: Auf dem Land wurden nicht zu wenig, sondern zu viele Kinder geboren. Viel zu viele, um in ihrer Heimat einem Broterwerb nachgehen zu können. Die jungen Menschen wanderten in die Städte ab. Das Genossenschaftswesen, das damals begründet wurde, zeigte der Landbevölkerung eine Perspektive auf: Die Genossenschaften stärkten die ländliche Wirtschaft, schufen Arbeitsplätze und ermöglichten jungen Menschen, in ihrer Heimat eigene Gewerbe zu eröffnen.

Auch heute können Genossenschaften Lösungen für die Probleme des ländlichen Raums bieten. Das jedenfalls sagt

Professor Theresia Theurl, Leiterin des Genossenschaftsinstituts der Universität Münster. „Genossenschaften wirken als Stabilisatoren des ländlichen Raums, zum einen in ihrer Funktion als kleine und mittlere Unternehmen in der Region selbst“, so Theurl. Auf dem Land wirken Genossenschaften als Arbeit- und Kreditgeber, Steuerzahler und wichtiger Teil der Wertschöpfungskette (Seite 18). Zum anderen könnte ihnen künftig auch eine weitere wichtige Funktion zufallen: „Wenn der Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte, Familien und Steuerzahler beginnt, können Genossenschaften im Stadt- und Standortmarketing eine wichtige Rolle spielen.“ In diesem Falle komme der genossenschaftliche Förderauftrag nicht mehr nur den einzelnen Mitgliedern, sondern gleich einer ganzen Kommune oder Region zugute, so die Wissenschaftlerin.

Doch auch in einem dritten Bereich werde die eG wichtiger, so Theurl. Brandenburg mag weit weg sein und die Lösungsvorschläge des Berlin Instituts klingen zu radikal, um politische Mehrheiten zu gewinnen. Doch ab 2010 werden auch im Westen die Einwohnerzahlen abnehmen oder stagnieren. „Wo die Bevölkerung schrumpft, wird das gegenwärtige Niveau der Infrastruktur nicht zu halten sein. Zugleich ist eine wachsende Anzahl von Menschen auf Unterstützungsnetzwerke angewiesen“, resümiert der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli in einer Studie für die Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Deshalb gewinne bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe an Bedeutung, so der Forscher von der Universität Koblenz-Landau. Genossenschaften könnten in Zukunft verstärkt dort gegründet werden, wo sich der Staat zurückzieht, ergänzt Theurl. „Ich kann mir gut vorstellen, dass sich Bürger zusammenschließen, um das

örtliche Hallenbad vor der Schließung zu bewahren, eine Schule am Ort zu halten, einen Spielplatz zu pflegen oder die Gas- und Stromversorgung sicherzustellen.“ Die eG habe hier einen großen Vorteil vor anderen Rechtsformen. „Der Erfolg einer Genossenschaft wird auch am Mitgliederwert gemessen, nicht allein am Gewinn“, so die Wissenschaftlerin. Doch ohne betriebswirtschaftlichen Erfolg sei natürlich das Bestehen einer Genossenschaft stark gefährdet.

„Insgesamt aber sollten Kommunen und Bürger den demografischen Wandel als Chance begreifen“, erklärt Theurl. Durch den Wettbewerb um Steuerzahler könne es auch geschehen, dass die Lebensqualität in vielen Gemeinden steige, so die Genossenschaftsexpertin. Voraussetzung dafür sei aber auch, dass die Eigeninitiative der Menschen zunehme und diese lernten, dass der Staat nicht immer die besten Lösungen parat habe. „Genossenschaften bieten den Bürgern die Möglichkeit, bei Vertrauensgütern wie Infrastruktur, Bildung oder Pflege in Zukunft mitzureden anstatt diese Dienstleistungen allein der öffentlichen Hand oder gewinnorientierten Unternehmen zu überlassen.“ hh



Der ländliche Raum lebt: Traditioneller Almabtrieb im oberbayerischen Garmisch-Partenkirchen. Foto: dpa